

# Oberhausen- Ein Beispiel für die Finanznot der Gemeinden

[http://www.oberhausen.de/downloads/haushaltseinbringung\\_2010\\_elsesmann.pdf](http://www.oberhausen.de/downloads/haushaltseinbringung_2010_elsesmann.pdf)

Der Kämmerer sprach:

Wenn Eigenanteile für dringende Vorhaben und Maßnahmen nicht mehr finanziert werden dürfen, so Wehling weiter, werde zu Lasten künftiger Generationen gespart. Denn vermeidbare **Substanzverluste** beim städtischen Vermögen würden von der Kommunalaufsicht bewusst in Kauf genommen.

Stadtkämmerer Bernhard Elsemann beschrieb den Kontext der aktuellen Haushaltsberatungen: **"Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, grundlegend, nachhaltig und gerecht Antworten zu Komplexen wie z. B. Bildungsarmut, Ausbildungsdebakel, Probleme junger Menschen, Begleitung von Familien sowie Verschiebung der Blöcke Jung und Alt im Rahmen der demographischen Entwicklung zu finden. Das heißt, es muss Raum für notwendige gesellschaftspolitische Ideen und Prozesse vorhanden sein oder geschaffen werden."**

Dazu gehört nach Elsemanns Worten neben politischer Kreativität die Sicherstellung von Mindeststandards gemeindlicher Aufgabenerfüllung. Stattdessen sei in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten gewesen, wie Erfolge bei der kommunalen Haushaltskonsolidierung durch geänderte externe Rahmen konterkariert wurden.

Dazu der Kämmerer wörtlich: "Wenn, wie für das Jahr 2010, zwischen dieser Planung und der bitteren Realität in Oberhausen Welten liegen, wie z. B. Mindereinnahmen Gewerbesteuer ca. 35 Mio. Euro, verminderter Anteil an der Einkommensteuer ca. 16,6 Mio. Euro und verminderte Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes NRW von ca. 28 Mio. Euro, sind diese Einbrüche nicht mehr kompensierbar. **Keine Haushaltskonsolidierung der Welt kann hierauf auch nur annähernd reagieren."**

[http://www.oberhausen.de/downloads/haushaltseinbringung\\_2010\\_wehling.pdf](http://www.oberhausen.de/downloads/haushaltseinbringung_2010_wehling.pdf)

und der Oberhausener **Oberbürgermeister** sagte u.a.:

Wir stehen in der tiefsten Krise der kommunalen Finanzen seit 80 Jahren.

- Die Pläne waren gut.
- Die Prognosen waren gut.
- Dann kam die weltweite Wirtschaftskrise, die Vieles negativ veränderte.

**Wir stehen unter einem Finanzdiktat:**

**Wir müssen jeden Euro für Investitionen einzeln prüfen lassen.**

**Wir müssen jede Einstellung, jede Versetzung mit Beförderung kontrollieren lassen. Extern einstellen dürfen wir gar nicht mehr.**

**Wir dürfen auch keine Eigenanteile für dringende Vorhaben und Maßnahmen mehr über Kredite finanzieren.**

**Wir sollen sparen zu Lasten künftiger Generationen.**

**Das ist an sich schon schlimm, aber die Folgen sind weitreichender, denn sie führen dazu, dass unser Oberhausen zusätzlich, aber **unnötig an Substanz beim städtischen Vermögen verliert**.** Das wurde bewusst in Kauf genommen.

**Damit sind wir auf kaltem Wege von fast allen nationalen und europäischen Fördertöpfen abgeschnitten.**

**Das, und nicht nur das, verstößt massiv gegen das Gleichbehandlungsprinzip.**

**Wir dürfen keinen städtischen Verwaltungsnachwuchs mehr ausbilden.**

„Es steht außer Frage, dass wir unsere eigenen Sparbemühungen erhöhen wollen und werden. Auch über die Schmerzgrenze hinaus.

Aber alle Fachleute sind sich einig: Es geht nicht ohne Hilfe von außen.“

Diese Hilfe von außen bleibt die Bedingung für eine positive Veränderung der kommunalen Finanzen.

Einer der bedeutungsvollen Gründe, warum unsere Kassen leer sind, heißt: **Konnexitätsprinzip** oder genauer: dessen permanente Missachtung.

Dieses Konnexitätsprinzip besagt verständlich ausgedrückt:

Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.

Dieser Grundsatz steht im Artikel 104a des Grundgesetzes.

Oben wird angeordnet, unten muss ausgeführt werden, ohne den entsprechenden finanziellen Ausgleich. !

**Bad Säckingen bitte wenden**

.....  
**Bad Säckingen**

## **Die entscheidende gemeinsame Erklärung der Fraktionen zum Haushaltsplan 2010**

Vorgetragen von Alfons Döbele

09.01.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister  
Sehr verehrte Frau Huber

Anfang des Jahres hat der Gemeinderat die 2. Auflage des Haushaltsplanentwurfes 2010 zur Information erhalten.

Dass darin keine angenehme Weihnachtsbotschaft oder gar ein Weihnachtsgeschenk versteckt ist, war allen von vornherein klar.

Was uns allerdings beim Lesen der Sitzungsunterlage unter Tagesordnungspunkt 2 - Erhöhung Grundsteuer B auf 510 v. H offeriert wurde war schon mehr als ein kräftiger Silvesterknaller, das war eher eine Briefbombe.

Wir wissen über unsere finanzielle Notlage bescheid und um mit der Not umzugehen, gibt es 2 Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit wäre, dass wir 5 Fraktionen uns jetzt heftig streiten und attackieren und jeder versucht sein eigenes Scherflein zu retten und ins Trockene zu bringen.

Die zweite Möglichkeit und die haben wir auch gewählt, ist dass man in der Not zusammenrückt miteinander redet und gemeinsam nach Lösungen sucht.

Wie gesagt, wir haben miteinander geredet und das Ergebnis dieser Besprechung darf ich nun bekannt geben.

1. Alle Fraktionen gemeinsam stellen hiermit den Antrag die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B von 430 v.H. auf 510 v. H. zu reduzieren auf 490 v.H.

Diese Reduzierung um 20 Punkte bringt auf der Einnahmenseite eine Minderung von ca. 142.000,-- €. Um diesen Betrag auszugleichen, schlagen wir folgende Gegenfinanzierung vor.

a) Verzicht auf den Ankauf eines Waldgrundstückes

€ 115.000

b) Verzicht auf die Pos. Schulsozialarbeit	€ 16.000
c) Erhöhung der globalen Minderausgaben	<u>€ 70.000</u>
	€ 201.000

Die Differenz von € 60.000 geht in die strapazierte Rücklage, den wir wissen nicht was in 2010 passiert, zumal alle Ansätze äußerst knapp kalkuliert sind.

2. Alle Fraktionen verzichten auf zusätzliche Anträge und Wünsche.
3. Aus den Reihen des Gemeinderates und der Verwaltung wird eine Struktur-Kommission gebildet, welche in den nächsten Monaten den Haushalt auf Einsparmöglichkeiten bei allen Kostenstellen abklopft, mögliche Umstrukturierung in Bereichen der Verwaltung und des technischen Dienstes untersucht und dazu Vorschläge erarbeitet, um eventuell beim Haushalt 2011 / 2012 wieder eine Reduzierung der Grundsteuer B zu erreichen.

Unter diesen Maßgaben werden alle Gemeinderatsfraktionen dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zumindest mehrheitlich zustimmen.

Alfons Döbele